

Adivasi-Rundbrief 12

Herausgeber:

Adivasi-Koordination in Deutschland

c/o Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen

Oktober 1999

Wari-Kunst (Maharashtra)



Nr.12/1: Arundhati Roy: Der vorherrschende Politikansatz - "Einige müssen für die Entwicklung der Nation Opfer bringen" - ist ein Mythos

"Wenn sie [die Politiker, A.d.Ü.] schon so sehr an Entwicklung für die Stammesbevölkerung interessiert sind: Was ist denn in den letzten 50 Jahren passiert? Warum gibt es nicht *eine* Schule, nicht *ein* Krankenhaus, nicht *eine* Straße, nicht *einen* Brunnen? Wieso hängt Entwicklung davon ab, daß sie [die Stammesbevölkerung, A.d.Ü.] alles, was ihnen gehört, aufgeben müssen? Ich behaupte nicht, daß Großstaudämme gar nichts produzieren; ich sage nur, daß sie die Ressourcen, die eigentlich dem ländlichen Raum gehören, an sich reißen und in die Städte transferieren, wo sie einer Weltstadt-Elite zugutekommen".

Arundhati Roy, Autorin des Bestsellers "Der Gott der kleinen Dinge", in einem Interview mit der Tageszeitung The Hindu, 11.7.1999. In zahlreichen Veröffentlichungen und Interviews hat sich die Schriftstellerin auf die Seite derer gestellt, die gegen die Großstaudämme an der Narmada Widerstand leisten. Das Preisgeld für den Booker Prize, den bedeutendsten britischen Literaturpreis, hat sie der Widerstandsbewegung Narmada Bachao Andolan (NBA) gestiftet. Anfang August 1999 führte sie einen Protestmarsch im Narmadatal mit an (siehe Südasien 5/99). Ihr grundlegender Essay über ihre Position "The Greater Common Good" kann auf der Homepage der NBA nachgelesen werden: www.narmada.org

Nr. 12/2: Adivasi: Rückständig und traditionsverhaftet? Replik einer Ureinwohner-Bewegung

"Einige Menschen sind fälschlicherweise der Ansicht, daß Stammesangehörige keine Veränderung wollen. Das Gegenteil trifft zu: Die

Adivasi wünschen mit Nachdruck den Fortschritt. Sie möchten an den Früchten der modernen Entwicklung teilhaben, jedoch mit gewissen Modifikationen: Sie wollen dabei nicht ihre Identität und ihre Würde verlieren. So wollen sie auch an der traditionell gemeinschaftlichen Verfügung über Land und Wald - die wesentliche Grundlage ihres Lebensunterhalts - festhalten. Die Wegnahme dieser Lebensgrundlagen ist jedoch bereits sehr weit fortgeschritten."

Vikas Maitri, *A Vanguard of People-Centered Tribal Development*, 20 S., Ranchi 1999. Vikas Maitri ist eine NGO und Bewegung zur Entwicklung und Solidarisierung der Menschen in Chotanagpur, einer von Adivasi bewohnten Region im Süden Bihars. Die Organisation wurde in den sechziger Jahren von den Vertretern christlicher Kirchen (Anglikaner, Katholiken, Lutheraner) in Ranchi gegründet. Mit Dominic Bara ist ein Adivasi der Leiter dieser Organisation.

Vikas Matri, Post Box 182, P.N.Bose Compound, Purulia Road, Ranchi-834 001, Bihar, Indien

Nr.12/3: Vananchal als eigener Bundesstaat: Sind die Pläne Makulatur?

Durch eine unerwartete Kehrtwende hat Laloo Prasad Yadav, Führer der Regierungspartei in Bihar, Ende letzten Jahres die Pläne der Zentralregierung für ein unabhängiges Südbihar unter dem Namen *Vananchal* praktisch zunichte gemacht (siehe auch *Adivasi-Rundbrief* 10). Laloo und seine Partei agitieren nunmehr für ein "ungeteiltes Bihar", so daß die Durchsetzung eines von der Zentralregierung zu beschließenden *Vananchal*-Gesetzes äußerst problematisch werden dürfte. Während der populistische Politiker aufgrund des neugefundenen Themas Aufwind spürt, zei-

gen die Jharkhand-Parteien als die Protagonisten eines separaten Bundesstaates kaum Flagge. Polizeiberichten zufolge ist die Zahl der Demonstrationen für die Bildung von *Jharkhand* in dem zu rund einem Drittel von Adivasi bewohnten Gebiet 1998 und 1999 erheblich zurückgegangen. Mit einem Anstieg der Demonstrationen wird allerdings bei Beratung und Verabschiedung des *Vananchal-Gesetzes* gerechnet. Dies läßt jedoch noch immer auf sich warten.

Indian Express 17.1.1999; *Times of India* 14.4.1999

Nr.12/4: Nach zwei Jahren Blockade durch die Bürokratie: Patentgebühren für Heilpflanze an Adivasi-Volk ausgezahlt

Im Februar 1997 berichtete der *Adivasi-Rundbrief*, daß mit dem Volk der Kani erstmals Ureinwohner die Rechte an einer Heilpflanze zugesprochen bekamen. Die Kani hatten Wissenschaftler eines botanischen Instituts in Kerala auf die Pflanze aufmerksam gemacht. Diese entwickelten daraus schließlich ein Präparat, das ähnlich wie das chinesische Ginseng einzustufen ist. Das Recht zur kommerziellen Herstellung wurde zum Preis von 1 Mio. Rupien (ca. 43.000 DM) an einen Pharmaproduzenten verkauft. Bereits 1997 hatte das (staatliche) botanische Institut die Hälfte dieses Betrages den Adivasi zugesagt. Die tatsächliche Auszahlung konnte jedoch erst im Frühjahr 1999 erfolgen. Die Kani zahlen den Großteil dieser Einnahme in eine Stiftung ein, deren Erträge für Gemeinwesenentwicklung, Bildung und Gesundheitsförderung in ihrem Volk verwendet werden. Die Verzögerung bei der Auszahlung ist auf Behinderungen durch die Behörde für die Stammesbevölkerung und die Forstbehörde zurückzuführen.

The Times of India, Mumbai, 24.3.1999

Nr.12/5: Menschenrechts-Kommission von Tamil Nadu prangert Mißwirtschaft in Adivasi-Internaten an

In den Pachamalai-Bergen im Trichy-Distrikt unterhält die Regierung von Tamil Nadu 28 Schulen speziell für Adivasi. Jeder Schule ist ein Internat zugeordnet. Im Rahmen der offiziellen Politik gegenüber Stammesangehörigen

sind Internate ein weitverbreitetes Instrument. Es soll nicht nur das Bildungsniveau der Ureinwohner angehoben, sondern auch deren Assimilation in die bestehende Gesellschaftsordnung vollzogen werden. Eine Untersuchung der Menschenrechts-Kommission des Bundesstaates Tamil Nadu vom April 1997 hat nun ergeben, daß es in zahlreichen Internaten der überprüften Region überhaupt keine Heimbewohner gibt. Dennoch fließen regelmäßig erhebliche Summen zur Ernährung der Phantom-Bewohner an die Leiter der Einrichtungen. Der Autor des Prüfberichtes ist der Überzeugung, daß die Mißwirtschaft mit dem Wissen der Verantwortlichen im Ministerium für die Wohlfahrt der Stammesbevölkerung geschieht. Parallel überprüfte die Kommission auch das staatliche System der Gesundheitsversorgung in dem Adivasi-Gebiet. Bei der Inspektion sei in dem Basisgesundheitszentrum, in der Ambulanz und in den sieben Unterzentren kein einziger Mitarbeiter angetroffen worden.

The Hindu (Mumbai), 28.4.1999

Nr. 12/6: Südindien: Adivasi müssen auch um selbstverständliche Rechte kämpfen

Recht auf Zukunft

Gnana Sekaram, ein Irula aus dem Dorf Kakkilapettai, schloß die Oberschule mit so guten Noten ab, daß er an einer Technischen Universität einen Studienplatz erhielt. Für die endgültige Zulassung benötigte er jedoch die Bestätigung einer bestimmten Regierungsstelle, daß er tatsächlich ein Irula sei. Diese Bestätigung auf dem normalen Dienstweg zu bekommen, erwies sich trotz oftmaliger Bemühungen als unmöglich. Daher kamen am 22.Mai 1998 rund 700 Irulas in der Distriktstadt Kanchipuram zusammen, um zu demonstrieren. Gnana Sekaram erhielt schließlich die benötigte Bestätigung und studiert jetzt an einer angesehenen Hochschule in Chennai.

Recht auf ein würdiges Ende

Im Oktober 1998 starb in dem Weiler Gidangarai der Irula Krishnan. Wie gewohnt, sollte sein Leichnam durch die Felder von Höherkastigen zum Dorfweiher getragen werden, um ihn dort auf Ödland zu bestatten. Die

Höherkastigen untersagten den Leichenzug und die Bestattung. Aus Protest ließen die Irlulas den Leichnam in ihrem Dorf demonstrativ aufgebahrt. Erst durch Gespräche der NGO SAM (Social Action Movement) mit Kommunalbeamten und Dorfbewohnern konnte eine Lösung gefunden werden. Die Gemeinde stellte Land für eine Begräbnisstätte samt einen Fußpfad dorthin zur Verfügung.

Tätigkeitsbericht 1997-99 SAM (Social Action Movement), G.S.T. Road, Mamandur, Kanchipuram District, Tamil Nadu, Indien. Tel./ Fax 04115-72215. E-mail: ambedkar@md4.vsnl.net.in

Nr. 12/7: Literatur I: The Adivasis of India - Monographie der Minority Rights Group International (MRG), London

Minority Rights Group International (MRG) ist eine NGO, die sich für die Wahrung der Rechte ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten einsetzt. Eine der Hauptaktivitäten ist die Veröffentlichung von Berichten (*Reports*) zu den Problemen unterdrückter Gruppen weltweit. Es gibt mehr als 70 *Reports* mit Bezug auf eine bestimmte Region. Dazu kommen derzeit 16 *Reports* zu länderübergreifenden Themen wie beispielsweise Kinderrechte, Minderheitenschutz und Rassismus. Bezogen auf den indischen Subkontinent ist jetzt endlich *The Adivasis of India* erschienen, nachdem bereits seit etlichen Jahren eine Publikation zu *The Adivasis of Bangladesh* erhältlich ist. Der 40-Seiten-Bericht gibt in einem ersten Kapitel Hintergrundinformationen, stellt sodann verschiedene Themenstellungen (Landrechte, Autonomie, lokale Selbstverwaltung etc.) aus juristischer Sicht dar und richtet schließlich in separaten Beiträgen den Fokus auf drei Regionen mit einem hohen Anteil der Stammesbevölkerung (Jharkhand - Nilgiris - Nordosten). Zum Abschluß geben die Autoren acht "Empfehlungen" an die indische Regierung (ohne diese als Adressaten direkt zu benennen). Die drei erstgenannten Empfehlungen beinhalten die Anerkennung sämtlicher internationaler Menschenrechtsstandards, die Anerkennung der Stammesvölker als Ureinwohner und die Landrechte. An der Erstellung des Berichtes

waren mit Ratnakar Bhengra (siehe *Adivasi-Rundbrief 10*) und Shimreichon Luithui (Koordinator des *All India Coordinating Forum of the Adivasi/Indigenous Peoples*) zwei Stammesangehörige beteiligt.

Bezug in Deutschland: J. Laping, Christophstr.31, 69214 Eppelheim, Tel. 06221-766 557; Fax 766 559, e-mail sarinijl@t-online.de. Preis einschl. Versand: DM 15.-

Bezug direkt: MRG International, 379 Brixton Road, London SW9 7DE, England, Tel. (0171) 978 9498, Fax (0171) 738 6265, e-mail: minority.rights@mrgmail.org

Nr.12/8: Literatur II: Indigene Völker Asiens - viele Völker, ein Kampf

Der *Asia Indigenous Peoples Pact*, ein Zusammenschluß von Bewegungen indigener Völker in Asien, besteht seit 1992 mit Sitz in Bangkok. Dieses Forum von Ureinwohner-Bewegungen hat 1996 einen Band mit 287 Seiten herausgegeben, der einen Eindruck von der Vielfalt der Indigenen in Asien vermittelt. Wohl auch weil einer der Mitherausgeber aus Indien stammt, sind die Informationen über Südasien mit Artikeln über Nepal, Bangladesh und Indien relativ reichhaltig. Das Buch enthält Aufsätze über die Adivasi in Zentral-, Süd- und Nordostindien. Dazu kommt ein eigener Beitrag über die Unabhängigkeitsbewegung der Nagas. Die Herausgeber gestehen in ihrem Vorwort ein, daß mit diesem Band lediglich der Anfang einer umfangreichen Dokumentation über die indigenen Völker Asiens gemacht werden konnte. Zu viele Länder sind nicht berücksichtigt. Auch konnte die Intention, Beiträge ausschließlich von Indigenen selbst aufzunehmen, mangels "fehlender Zuversicht in das Gelingen dieses Buches" nicht verwirklicht werden.

Colin Nicholas, Raajen Singh (Hg.), Indigenous Peoples of Asia. Many Peoples, One Struggle. Asia Indigenous Peoples Pact, Bangkok, Thailand, 1996

Nr.12/9: Literatur III: Adivasi als Schwerpunkt von ansätze, Zeitschrift der Evangelischen StudentInnengemeinde (ESG)

Mit der Ausgabe 1/99 von *ansätze* gestaltete das Adivasi-Teeprojekt zum zweiten Mal ein

Schwerpunktthema der ESG-Zeitschrift. Die Initiative arbeitet daran, daß Adivasi in den südindischen Nilgiri-Bergen ökonomisch unabhängig ihre Entwicklung gestalten können. In den Originalbeiträgen geht es unter anderem um "Ansätze zu einer Geschichte der Adivasi", um die Charakteristika der Adivasi-Kultur, um Aktivitäten der Partner des Adivasi-Teeprojektes im Gudalur-Block und über die Situation der Adivasi-Frauen. Der Schwerpunkt schließt mit einer aktuellen Übersicht über Literatur und Medien zum Thema.

Bezugsadresse: ESG, Tunisstr.3, 50667 Köln, Tel. 0221 - 2577455.

Nähere Informationen über das Adivasi-Teeprojekt im Internet: www.dsk.de/adivasi.

Nr.12/10: Ausstellung I: "Adivasi - UreinwohnerInnen Indiens"

Ebenfalls im Kontext des Adivasi-Teeprojektes entstand die Ausstellung "Adivasi - UreinwohnerInnen Indiens". Sie enthält acht Schautafeln, von denen vier über die Situation der Adivasi allgemein und vier über das Adivasi-Teeprojekt in Gudalur informieren. Als Ergänzung kann eine Kiste mit Materialien unter anderem für den Unterricht an Schulen mit ausgeliehen werden. Ausstellung und Materialsammlung entstanden im Rahmen eines dreimonatigen Stipendiums für entwicklungspolitische Bildungsarbeit.

Ausleihadresse: Weltladen "Bramfelder Laterne", Christina Jähn, Berner Chaussee 58, 22175 Hamburg, Tel. 040 - 64 150 23.

Autorin: Frauke Niejahr, Fabriciusstr.54, 22177 Hamburg, Tel. 040 - 69 702 85.

Nr.12/11: Ausstellung II: "Entwicklung ohne Menschenrechte. Die Adivasi in Indien"

Anfang diesen Jahres hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) eine mit zahlreichen Fotos und Graphiken aufgelockerte Ausstellung zum Thema Adivasi herausgebracht. Dargestellt werden Herkunft und Identität, die schleichende Vernichtung, die Aktivitäten der GfbV und der Adivasi-Koordination zur Unterstützung und die für jeden Einzelnen bestehenden Aktionsmöglichkeiten.

Nähere Informationen: GfbV, Referat Indigene Völker (Adresse siehe Impressum)

Nr.12/12: Menschenrechte für indigene Völker - Postkartenaktion: Die Bundesregierung soll die ILO-Konvention Nr. 169 zum Schutz indigener Völker ratifizieren!

Aufgrund von Globalisierung, Ressourcenvernichtung und internationalen Großprojekten macht es Sinn, internationale Normen zum Schutz indigener Völker zu stärken. Einen Durchbruch stellt die Übereinkunft Nr.169 über "indigene und in Stämmen lebende Völker" der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) dar, die am 27.Juni 1989 unterzeichnet wurde. Warum soll Deutschland die ILO-Konvention unterzeichnen? 1. Ein Industriestaat, der das Abkommen unterzeichnet, macht den Inhalt der Konvention auch zur Richtschnur seiner eigenen Außen- und Wirtschaftspolitik. 2. Die ILO-Konvention soll zu einer international verbindlichen Norm werden. Mit jedem weiteren Unterzeichnerstaat gewinnt das ILO-Abkommen an Gewicht. 3. Zugriff auf ILO-Kontrollmechanismen. Gemäß Art. 24 und 26 des ILO-Statuts können Regierungen, Arbeitgeber- und -nehmer-Verbände Klagen wie Beschwerden einreichen, wenn ein Signatarstaat gegen die Konvention verstößt.

Mit einer Postkartenaktion, zu deren Initiatoren auch die Adivasi-Koordination gehört, wird die Bundesregierung zur Ratifizierung der ILO-Konvention aufgefordert. Postkarten und Infos können bei der GfbV (Adresse siehe Impressum) angefordert werden.

Adivasi-Rundbrief Nr.12, Oktober 1999

Herausgeber: Adivasi-Koordination Deutschland: Hans Escher (Indienhilfe e.V.), Pfannenstielsgasse 13, 35578 Wetzlar, Tel/Fax 06441-43124, e-mail: sylvia.hallwas@sowi.uni-giessen.de; Dr. Theodor Rathgeber (Gesellschaft für bedrohte Völker), Düstere Straße 20a, 37073 Göttingen, Tel. 0551-49906-18; Fax: 58028; e-mail: indigene@gfbv.de.
 Redaktion: Hans Escher. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Konto: Gesellschaft für bedrohte Völker, Stichwort: Adivasi-Rundbrief, Konto-Nummer: 1909, Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01. Vertrieb: Einzelzustellung über GfbV und Beilage in "Südasiens".

College/University courses including professional courses with immediate effect". A subsequent order in July 1996 (Government Order No. 437 dated 15 July 1996) extended the date of student admission by one month.

The Director of Collegiate Education issued instructions for relaxation of the admission age for refugee children in June 1997 (Proceedings No 76222/R4/96 dated 24 June 1997). In 1997, 90 refugee students entered colleges for higher education, including three for medicine and seven for engineering.

Following representations made by OFERR, the government instructed the Director of Collegiate Education in July 1998, to issue orders to principals of colleges and heads of universities 'to admit Sri Lankan Tamil refugee students for 1998/99 over and above the limited seats with extension of time limit for one month'. Instructions were also issued to relax the age of admission, if necessary. For the academic year 1998/99 the following allocations have been made for Sri Lankan refugee children in universities: 20 seats for medicine, 20 for engineering, ten for agriculture in colleges and 20 seats in polytechnics.

Currently, there are some 22.000 refugee children of school age, a quarter of whom are expected to drop out between the ages of 10 and 13 to find work or care for younger children in the family.

5.7 Debt

Indebtedness is an increasing problem within refugee camps. The amount of cash payment by the government was determined nine years ago and since then the cost-of-living has risen manifold. Employment is difficult to find and refugees are forced to borrow from lenders at very high interest rates. Family weddings or funerals or occasional travel also increase their expenditure. Management of funds at family level is poor, leading to severe debt and causing anxiety. Indebtedness has arisen in many cases due to excessive expenses on liquor or pilgrimage to holy sites in south India.

5.8 Government assistance

The Tamil Nadu government provides assistance to refugees and spends around Rs 50 million (\$ 1,2 Million) a year. The Indian government reimburses the cost of assistance. Each refugee must be in possession of a Refugee Card to live in a refugee camp and to receive assistance. The Refugee Card contains

photographs of all members of the family and details such as Sri Lanka National Identity Card number, educational qualifications, names and addresses of relatives in India and the value of assets brought into India. Refugee families are also issued a Ration Card in which the details of consumer goods issued at subsidized prices are entered.

The government provides cash doles for the refugees which is paid in two instalments each month. The head of the family receives Rs 230 per month. Each other member of the family above the age of twelve receives Rs 144 per month. Each child between the ages of six and twelve is paid Rs 64 and a child below six years of age receives Rs 36 per month.

The government also provides essential goods at a subsidized price. Rice, the staple food, is provided to refugees. Twelve kilograms (kg) of rice is issued to each adult at 57 paise per kg. A child is issued three kg per month. The price of rice in the open market is between Rs 2 and Rs 4 per kg. The Cooperative Department supplies the rice for the refugees. The difference in price between the amount charged from the refugees and the market price is paid by the Rehabilitation Department to the Cooperative Department. The refugees complain that the rice issued is of poor quality and contains small stones.

Every refugee family is issued two kg sugar per month at Rs 15 per kg. If the refugee camp is in or near an urban area, ten litres of kerosene (paraffin) is also provided to each family for cooking and for lamps, at Rs 30. If the camp is in or near a village area, only five litres are provided, on the basis that firewood may easily be obtained in these areas for cooking. The goods issued at subsidized prices are inadequate and often refugees must buy rice and kerosene in the open market at a higher price. Further, the amount of money paid to the refugees was determined several years ago and has not been revised despite the rising cost of living over the years.

The government provides some clothes each year to the refugees without any charge, generally before the Hindu Deepavali festival in October or November. Some years ago, each family received two sarongs, two sarees, banians, towel, undershirts, trousers and gowns. But in the last few years, only a vest and a saree are provided. The government also supplies kitchen utensils each year to every family. Refugees say that clothes and kitchen utensils are not given in some areas. The government provides travel passes to students free of charge.

Most camps are supplied with electricity and the government has also provided a television to each refugee camp.

6. Non-governmental organisations (NGOs)

A number of NGOs are involved in providing assistance to the refugees. When Sri Lankan refugees began arriving in Tamil Nadu, inter-church service agencies assisted them and the Madras Christian College became involved in helping refugee and other Sri Lankan students. The Organisation for Eelam Refugee Rehabilitation (OFERR) was founded in 1984 with the main objective of providing assistance to Tamil refugees from Sri Lanka. Among other agencies involved in assistance to refugees in Tamil Nadu are the Church of South India, Jesuit Refugee Service and Multipurpose Social Service Societies.

The NGOs provided a variety of services to the refugees, which included supplementary feeding of children, the elderly and pregnant and lactating women, classes in camps, educational services such as payment of fees and supply of text books, income generation projects, additional medical and health services and counselling. The ban on NGOs into camps curtailed these services.

Since its involvement in Sri Lankan refugee repatriation from India, UNHCR has not been allowed into refugee camps to assess conditions or to check the voluntariness of the returns. Following instructions from New Delhi, the Tamil Nadu government decision on 27 May 1993 banning NGOs from working in Sri Lankan refugee camps and restricting refugee movements, effectively closed the camps to the outside world. A circular dated 1 June 1993 from the Tamil Nadu Rehabilitation Commissioner addressed to all District Collectors said that the decision to impose a total ban on NGOs was for 'the proper maintenance of the refugee camps' and 'to ensure internal security'. At the time there were 80.000 refugees in 130 camps and another 120.000 living outside the camps in towns and villages.

NGO relief and rehabilitation projects inside camps were disrupted and led to further suffering of the refugees who lost access to supplementary assistance such as vocational training, involvement in education, counselling, medical assistance and improvement of accommodation. Doctors visiting the camps at the time found under-nutrition among children, which was expected to worsen with the ban on NGOs.

Local and international NGOs made representations to the Indian and Tamil Nadu governments over the issue of access to camps. The British Refugee Council and other concerned agencies wrote in May 1993 to Tamil Nadu Chief Minister J. Jayalalitha calling for a dialogue with the NGOs. The human rights agency, Asia Watch, in a report in September 1993, cited NGO exclusion as "implicit coercion".

In August 1994, the British Refugee Council wrote on behalf of six international NGOs to Tamil Nadu Governor Chenna Reddy and Chief Minister Jayalalitha expressing concern that since the 27 May 1993 government order which curtailed assistance programmes run by local voluntary agencies, housing, health and educational facilities had deteriorated significantly. The letter requested a dialogue with voluntary agencies and refugee representatives. India's National Human Rights Commission urged the Indian government in December 1994 to allow NGOs into camps.

International and national agencies continued to make representations to both Indian and Tamil Nadu governments. But a response came only in 1997. In a circular dated 6 January 1997, the Tamil Nadu government stated as follows: "... the involvement of voluntary organisations in the refugee camps in Tamil Nadu was totally banned in view of the then prevailing security environment ... the Commissioner of Rehabilitation has suggested for reviewing this order, considering the role to be played by the non-governmental organisations in refugee relief. The Government of India who were consulted in the matter have communicated ... that they do not have any objection in permitting recognised non-governmental organisations which are clear from security angle to undertake activities such as providing vocational training, counselling, reading room and recreation facilities to the Sri Lankan refugees ...".

The government, however, imposed certain conditions on NGOs wishing to work within refugee camps:

- a) No non-governmental agency will be allowed to work directly in refugee camps or provide relief assistance directly to Sri Lankan refugees.
- b) Designated Government Agencies such as the Tamil Nadu Social Welfare Board, etc may utilise the manpower of selected non-governmental organisations for undertaking permitted relief activities. However, the Designated Government Agencies shall not accept any financial assistance or assistance in kind from the non-governmental organisations without the prior

permission of the Government of India. Funds required for the approved activities may, however, be provided by the State Government.

c) No offer of assistance in cash or kind from any international organisation or from domestic organisations which receive assistance from overseas organisations should be accepted.

In another circular dated 23 January 1998, the Tamil Nadu government confirmed the Indian policy of not allowing UNHCR access to refugee camps. "The UNHCR has no specific role to play in the matters concerning the Sri Lankan Tamil refugees in Tamil Nadu excepting that the UNHCR representatives were assigned the task of screening refugees to find out whether they were being repatriated to Sri Lanka forcibly, when the repatriation of Sri Lankan Tamils started in 1987 and 1992". Unfortunately, there seems concern in India that allowing UNHCR into camps may result in the government losing control over refugees and funds that may flow into the country, jeopardizing security measures. The second circular confirmed that 'NGOs independent of UNHCR may be permitted to work inside refugee camps, limiting this role to social service aspects only'.

7. NGO assistance

The NGOs, mainly OFERR, working with the refugees provide a wide variety of assistance and have set up efficient service and monitoring systems.

7.1 Education

Before 1991, refugee children were not expected to pay school fees. School admissions were banned following the assassination of Rajiv Gandhi. When admissions were restored in June 1993, schools began charging fees for refugee students. Currently school fees of students are paid by NGOs. School text books are also supplied by NGOs. Although the government issues travel passes to students, sometimes there is a delay in issuing the passes. NGOs provide financial assistance to students in the interim periods and to students in areas where public transport is not available. NGOs also conduct classes in camps for very young pre-school children.

7.2 Vocational training

NGOs provide a wide variety of technical and vocational training to refugees, which has helped them to obtain employment requiring skill. The

training will also be helpful when refugees return to Sri Lanka. Training is provided in gem cutting and polishing, radio and television repairs and assembly, tailoring, computer skills, typewriting and office management skills, driving vehicles, carpentry and masonry and poultry and goat farming. Where necessary, NGOs also provide financial assistance to cover fees and travel costs for refugees to attend training courses provided by local institutions.

7.3 Generating income

NGOs are involved in projects to help refugees to generate income to supplement the financial assistance provided by the government. Tailoring projects in special centres established by NGOs and in refugee camps have helped to generate income. High quality clothes are made for sale. Those made within camps satisfy part of the needs of the camp. Some clothes are sold in towns but entry into local markets is difficult because of the prevailing competition. NGOs have held exhibitions of clothing produced by refugees in several areas in Tamil Nadu in order to promote sales.

Within camps, NGOs have assisted refugees, particularly widows, invalids and the disabled, to set up small tailoring units, carpentry units and shops. Implements for earthwork, carpentry, masonry and painting buildings are also provided. The camp committee is responsible for the implements and may allow the refugees to use them for their work outside the camp at a nominal charge.

7.4 Recreation

NGOs have encouraged recreational activities in camps and have provided equipment for indoor and outdoor sport. Five hundred refugees are considered as a unit and sport equipment provided every three months to such a unit. In order to encourage community work in camps, NGOs provide additional sports equipment as incentive. NGOs also provide newspapers and periodicals to all the refugee camps and have assisted in the construction of small reading rooms within the camps. NGOs also provide 2/3 of the cost of repairing televisions in the camps.

7.5 Health, sanitation and medical service

Health services provided by the government are inadequate and in remote areas access to medical services is difficult. Local doctors living in and

around the camps are general practitioners who provide services for fees. These doctors treat acute illness affecting the local population and are not equipped to deal with chronic illnesses of the refugee population. The NGOs have developed a health service for refugees. Because refugees are scattered in several districts in Tamil Nadu, a scheme of barefoot doctors was introduced in 1990 and further strengthened in 1991 and 1992 in the light of the fact that local doctors could no longer provide medical services to camp refugees following restrictions introduced. The medical programmes of OFERR are supervised by doctors or semi-qualified personnel at regional level.

Refugees with experience in nutrition, nursing and public health issues have been selected and provided with training in immunization, first aid, mother and child care, sanitation and other related subjects, to become certified health workers. Initially, the training consists of three days a month over a period of nine months. After an examination at the end of three months' training, the final examination is held at the end of nine months. A certificate is awarded to those who are successful at the final examination. Currently there are over 160 health workers, each of whom is expected to attend to a population of 500 refugees. There are also over 30 senior health workers for supervision.

The health worker's duties involve identifying health needs and arranging the provision of simple medication and aftercare. OFERR maintains a central medical unit in Madras. A medical team consisting of doctors, nurses and paramedics from the medical unit makes periodical visits to the camps to attend to medical needs. Medicines are provided to the health workers through the OFERR's regional offices. Medical clinics are also held at regional offices.

Health workers facilitate anti-natal care and child health and are involved in health education in camps. Health workers monitor the health of children under five years in the camps and maintain records. Children are regularly weighed and progress is recorded on a "Child Health and Weight Record Card". Details of nutritional deficiencies and immunization for small pox, cholera and typhoid and other diseases are also recorded on the card.

Refugees who need medical treatment in hospitals are provided with financial assistance to travel to hospitals, food during treatment and cost of medicines. Application for assistance may be made through the NGO District Volunteers and District Social Workers, providing

details of the illness and treatment. Assistance is also offered by NGOs in obtaining equipment such as spectacles and hearing aids. NGOs have encouraged doctors from abroad to serve in refugee camps for brief periods. These doctors, in addition to treating patients and offering advice, have also been involved in training health workers.

Counselling is an important aspect of services provided by NGOs with the assistance of the Tamil Nadu Theological Seminary. Many refugees suffer from psychological disorders resulting from violence they have witnessed in Sri Lanka, the trauma caused by flight to a different country and the inability to adjust to new surroundings. Counselling programmes were begun in 1993.

7.6 Nutrition

NGOs have developed nutrition programmes for pregnant women, lactating mothers and children. According to doctors, caloric deficiency during pregnancy is remedied by supplying 165.000 kilocalories which is around 25 % of the caloric need during the course of the whole pregnancy, (ie. 660.000 kcalories) taking into consideration rice supplied at a subsidized rate and the normal intake of food.

The supplementary food is provided to pregnant women over a period of eight months. Earlier, Australian milk powder was provided as supplementary food. But after it was noted that the people finished the powder in a few days, it was replaced with locally available food. Children between the ages four months and one year are provided a powdered mixture of Bengal gram and ragi (millet). Children between the ages of one year and two years, pregnant women and lactating mothers are given a powdered mixture of Bengal gram, wheat and ragi.

8. Observations

In its March 1997 report entitled Conflict and displacement in Sri Lanka, the US Committee for Refugees recognized that the Indian government generously granted fleeing Sri Lankan Tamils refuge in India despite not being a signatory to the UN Convention on Refugees. The refugees in camps appreciate the measures taken by the Indian and Tamil Nadu governments to offer them sanctuary and allocate resources. The tension between refugees and the local population in Tamil Nadu created by the killings of Rajiv Gandhi

and the EPRLF leaders has faded and the relationship has improved. There is a realization that the vast majority of the refugees are law-abiding and had no hand in these or other violent incidents. The Indian government's concern over national security is understandable. Although there are many problems, there are three issues that need the immediate attention of the Indian government.

- Shelter and sanitation are a major problem. Refugees say that if there were a proper roof over their heads, facing other problems would become easier. The Tamil Nadu government recognized this when it allocated a large amount of funds for the repair of the shelters. It would greatly ease the problems of the refugees, if the governments would look at the problem relating to shelter and sanitary facilities again, allocate more funds and consider allowing local NGOs to become involved in improving the shelters.

- The level of payment to the refugees was determined several years ago and since then the cost-of-living has risen manifold. It would also assist the refugees if the government were to review the amounts taking into consideration the current cost-of-living.

- Refugees express the desire to return to Sri Lanka and many believe that India holds the key to a lasting solution to the conflict in Sri Lanka. The Sri Lankan refugee problem in India and in the rest of the world is likely to continue, unless peace is restored in Sri Lanka. Refugees continue to arrive from Sri Lanka. Peace would end the current flow and enable the refugees in India to return. It would be in India's interest to take the lead in finding a lasting solution to the Sri Lankan conflict.